STEFANIE KRETZSCHMAR

DIE MÄRKTE UND ANDERE KONSTRUKTIONEN.
EINE KRITISCHE DISKURSANALYSE DER NARRATIVE, METAPHERN UND TOPOI IN DISKURSEN ÜBER DIE FINANZKRISE

ABSCHLUSSARBEIT
IM MASTER OF ARTS KOMMUNIKATIONSLINGUISTIK DER UNIVERSITÄT POTSDAM - 2012

(Auszug:)

11.3 Narrationen der Krise

Im Folgenden werden die wichtigen Bestandteile der Krisennarrationen im Korpus vorgestellt. Die Darstellung
orientiert sich an den Ausführungen Viehövers (vgl. Kapitel 7.2).

11.3.1 Aktanten der Krise

Ein konstitutives Element der Krisennarrative im Korpus ist eine triadische Akteurskonstellation mit den Aktanten Wirtschaft, Politik und Menschen. Wie bereits beschrieben, werden diese Gruppen jeweils ontologisiert und personifiziert, als einheitlich handelnde und denkende Gebilde imaginiert, charakterisiert und in Relation und Interaktion mit anderen AkteurInnen gesetzt (vgl. Kapitel 11.1.1). Im Folgenden wird beschrieben, mit welchen Charakteristika, Motiven und Werten und mit welchen Rollen, Verantwortlichkeiten, Episoden und Handlungen diese AkteurInnen verknüpft werden.

Im Korpus, besonders in den Bundestagsprotokollen, ist eine starke Selbstbeschäftigung der PolitikerInnen mit ihren eigenen Aufgaben und Handlungsmotiven, mit ihrer Verantwortung und Handlungsverpflichtung erkennbar. Als zentrales handlungsleitendes Motiv der Politik kann die politische Verantwortung gegenüber den Menschen und dem Land ausgemacht werden. Diese wird von der Regierung in die pragmatischen Argumentationen für ein höheres Ziel ebenso integriert, wie von der Opposition in normative Argumentationen. Darüber hinaus wird die Politik als besonders handlungsfähig inszeniert, die Situation als die Stunde der Politik, in der der Staat als einziger Akteur handlungsfähig ist.

Die Regierung (CDU/CSU und SPD) stellt die politische Handlungsverpflichtung, Schaden vom Volk abzuwenden, in den Mittelpunkt und konstruiert den Staat als rationalen Akteur, der seine eigenen Interessen verfolgen sollte (vgl. Lakoff/Wehling 2009: 91). Von Regierung, dem Bankenverband und der FDP wird jedoch auch auf die Grenzen politischer Handlungsfähigkeit und Verantwortung hingewiesen. Der Staat wird hinsichtlich seiner ökonomischen Kompetenzen wiederholt delegitimisiert, wodurch die bestehenden wirtschaftlichen AkteurInnen in ihrer Rolle bekräftigt werden (vgl. Hartz 2012: 151). Diese SprecherInnen zeigen hinsichtlich staatlicher Regulierung also „[j]anus-faced or paradoxical judgement“ (ebd.), wenn sie diese zwar zunächst fordern, jedoch prinzipiell ablehnen.

Außerdem, so die Forderung, müssen auch die wirtschaftlichen AkteurInnen einen Teil beitragen. Das staatliche Handeln beruht auf dem Prinzip Keine Leistung ohne Gegenleistung und setzt die Beteiligung der Wirtschaft sowie Auflagen für und Bedingungen an die Wirtschaft und Kontrollen der Umsetzung voraus. Dies wird von allen Seiten gefordert, jedoch in unterschiedlichem Maße. Metaphern und Topoi der Einmischung, Kontrolle und Erziehung werden verstärkt von der Opposition genutzt, während die Regierung eher kooperative Formen anführt.

In den Metaphern des Rettungspaketes, des Hilfspaketes, der Hilfe, Not und des Schutzes wird der Staat als Retter der Wirtschaft konstruiert. Dies wird im Topos des höheren Ziels auf die Rettung der

Allgemeinheit ausgeweitet. Metaphern des Helfens, Rettens und Schützens sind konstituiert durch eine einseitige Relation zwischen Geben (Staat) und Nehmen (Wirtschaft), obwohl das Prinzip Keine Leistung ohne Gegenleistung stets bemüht wird, um dieses Bild nicht entstehen zu lassen und den Staat andererseits als Empfänger zu konstruieren. Diese Bemühungen spiegeln die Metaphern nicht wider.
Im Rahmen der verschiedenen Metaphern und Topoi für die Situation werden der Politik weitere Rollen zugeordnet. So ist sie Heilerin in den Krankheits-Metaphern, Reparateurin in den Maschinen-Metaphern, in den Spiele-Metaphern ist sie diejenige, welche die Regeln macht und gleichzeitig Schiedsrichterin, sie ist die Feuerwehr in den Brand-Metaphern, verantwortliche Bauherrin in den Bauwerks-Metaphern, und Richterin in den Rechenschafts-Szenarios. Sie ist Versorgerin sowie Lasten- und Geldverteilerin,, die den Fluss des Geldes kontrolliert und über Sozialleistungen, Leistungen an die und Gegenleistungen von der Wirtschaft bestimmt. In den Katastrophenszenarien ist Politik je nach Ausgestaltung eher Katastrophenschutz oder selbst Opfer der Katastrophe. In den Szenarien des Pokerns, der Erziehung und Einmischung oder des Kampfes mit der Wirtschaft ist sie Gegenspielerin. In den Szenarien der unbeherrschbaren Wirtschaft ist sie fremdbeherrschtes, tatunfähiges Opfer und in den Casino-Metaphern steht sie außerhalb eines zerstörerischen Systems, das sie entweder nicht unterbinden kann und will oder sogar fördert; auch hier wird sie als (mittelbare) Mittäterin konstruiert.
Die Regierung nutzt unter diesen Szenarien vorwiegend diejenigen, welche die Möglichkeit eines schnellen, nicht dauerhaften Eingriffs zur Restabilisierung der Wirtschaft fokussieren, der auf Grund einer Bedrohung unbedingt notwendig ist (Krankheit, Maschine, Brand, Bauwerk, Katastrophenschutz). Sie alle lassen sich als Retter-Rollen interpretieren.
Die Opposition weist auf die politische Mitverantwortung für die Krise und die Probleme sowie auf die Beeinflussung der Regierung durch die Wirtschaft hin und spricht ihr somit Kompetenzen im Umgang mit der Krise und Wirtschaft ab. So wird die Politik als Mittäterin neben der Wirtschaft inszeniert.
Die Opposition stellt den Staat in Katastrophen- und Unberherrschbarkeit-Szenarien als Opfer der Wirtschaft dar, in der Casino-Metapher als Mittäter und in den Spiel-Metaphern als Gegenspieler. Die Opferrolle des Staates ist durch politisches Versagen jeweils selbst verschuldet, die Fremdbestimmung selbst gewählt. Aus der Sicht der kapitalismuskritischen Diskursteilnehmenden wird so eine Gesellschaft mit „a powerful economic sphere and a helpless political sphere“ (Fuchs/Graf 2010: 22) konstruiert, in der einseitige Beeinflussung der Politik durch die Wirtschaft dazu führt, dass „business continues, while and although politics attempts to (re)regulate the system and solve the problems“ (ebd.).
Szenarien, welche die Regulierungs- und Lenkungsmöglichkeiten des Staates betonen (Spiel, Bauwerk, Versorger, Lasten- und Geldverteiler) oder die Sanktionierungsspielräume (Schiedsrichter und Richter) werden von allen Diskursteilnehmenden genutzt, jedoch mit unterschiedlichen Argumenten

und Konklusionen verknüpft. Die Politik steht im Mittelpunkt dieser Debatten. Hierbei wird entweder ihre besondere Handlungsfähigkeit in den Vordergrund gestellt oder andersherum das unzureichende, zögerliche Verhalten der Politik (vgl. Wengeler 2010b: 145).
Die Wirtschaft hingegen wird in Rettungs-/Hilfe-/Schutz- und Notszenarien als Opfer der Krise dargestellt. Wirtschaftliche AkteurInnen sind Notleidende, denen die Politik helfen muss. Diese Rettung ist laut Regierung alternativlos, da die Wirtschaft unverzichtbar ist. In Bauwerks-Szenarien wird sie als stabile, dauerhafte Konstruktion imaginiert, die nun gefährdet ist, stabilisiert und wieder aufgebaut oder umgebaut (Opposition) werden muss. Verschiedene wirtschaftliche AkteurInnen interagieren in einem komplexen System miteinander. In der Krise ist diese Interaktion gestört. Vertrauen ist eine in der Krise zu knappe, jedoch für die Interaktion wirtschaftlicher AkteurInnen notwendige Ressource, die in der Situation

nur vom Staat bereitgestellt werden kann.
Hartz stellt für wirtschaftliche Diskurse in Krisenzeiten eine Multiplikation der repräsentierten AkteurInnen

über MarktteilnehmerInnen hinaus fest; Staat und Gesellschaft werden sichtbar und relevant (vgl. Hartz 2012: 151). Das Konzept innerwirtschaftlichen Wettbewerbs um knappe Ressourcen, in dem sich eigennützige AkteurInnen befinden (vgl. Goatly 2007: 336f., siehe Kapitel 9), wird hier reproduziert und als problematisch dargestellt, da der Wettbewerb negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung hat. Der Staat wird als die Institution dargestellt, die dieses Problem beheben kann, die Selbstheilungskraft der Wirtschaft wird nicht mehr angenommen (vgl. Hartz 2012: 145). Staatliches Handeln ist die Bedingung dafür, dass die Versorgung des Organismus Wirtschaft mit überlebensnotwendiger Liquidität gesichert ist.

Krisenhaftigkeit ist gekennzeichnet als Zustand mit der Wirtschaft als krankem, gestresstem oder belastetem Organismus, den der Staat heilen kann. Hier wird die Wirtschaft als Patientin konstruiert, die nur mit staatlicher Hilfe am Leben erhalten werden kann. Die Konstruktion von (Über-)Lebensszenarien personifizierter Institutionen basiert auf sozialdarwinistischen Annahmen von Stärke/Schwäche und Über-/Unterlegenheit (siehe Kapitel 9). Diese werden jedoch insofern auch aufgehoben, da Schwäche hier nicht zwangsläufig zum Untergang führt, sondern durch staatliches Handeln behoben werden kann. Das Gedeihen und Wachstum des wirtschaftlichen Organismus ist von politischem Handeln abhängig. Gleiches gilt für das Szenario einer kaputten Maschine, die der Staat wieder in Gang bringt. In all diesen Szenarien wird die Rolle der Wirtschaft von der eines Bösewichts in die Opferrolle umgedeutet; die Wirtschaft selbst war so entweder Opfer der Krise, des Systems oder einiger fehlgeleiteter Individuen (vgl. Whittle/Mueller 2012: 121). Im Zuge der Krise werden wirtschaftliche AkteurInnen als zunehmend beunruhigt, verunsichert und ängstlich beschrieben. So ersetzen psychologisierende Umschreibungen die sonst in diesem Bereich eher üblichen rationalisierenden (vgl. Hartz 2012: 144). Rationalisierung findet dennoch statt, indem zum Beispiel Vertrauen als Ressource quantifiziert und in eine rationale Logik zurückgeführt wird.

Verschiedene Metaphern und Topoi rücken auch die Verantwortlichkeit der Wirtschaft für die Krise in den Vordergrund. Die Wirtschaft ist Brandstifterin in einer von Menschen gemachten Brandkatastrophe, verantwortungslose Spielerin in Spiel- und Casino-Metaphern. In Metaphern der Rechnung ist sie Empfängerin von Leistungen und Zahlerin. In Bestrafungs- und Rechenschaftsszenarien wird sie als Verbrecherin impliziert. In diesen Szenarien ist die Wirtschaft Täterin und Verantwortliche für die Krise. Die Zuschreibung von Verantwortung kann sich von der individuellen Handlung Einzelner und der Ablehnung von Kollektivschuld (z.B. beim Bankenverband) bis hin zur Verantwortung des gesamten Systems (inkl. Politik) erstrecken (z.B. bei DIE LINKE). Auch Whittle/Mueller beschreiben diese beiden Strategien: Entweder wird die Krise auf individuelle Handlungen und Fehler zurückgeführt oder auf die Umstände/ das System, in dem Individuen handeln müssen (vgl. Whittle/Mueller 2012: 121).

Von der Regierung wird die Maß-, Tugend- und Sittenlosigkeit der Wirtschaft beklagt und eine Rückbesinnung auf solche Werte gefordert. Metaphern des Exzesses unterstreichen, dass es sich dabei um Ausschweifungen und Übertreibungen innerhalb eines ansonsten funktionierenden Systems handelt, das durch Eindämmung wiederhergestellt werden kann. Mit Strategien der „anthropolization and psychologization“ (Hartz 2012: 152) wird Wirtschaft als natürliche Ordnung dargestellt, in der eben Fehler geschehen können. Damit wird die Verantwortung individualisiert, ein paar „‘rogue’ individuals“ (Whittle/Mueller 2012: 135) zugesprochen und von größeren wirtschaftspolitischen und systemischen Fragen abgelenkt. Diese Konstruktion ist insofern ideologieerhaltend, als dass es auf dieser Basis möglich ist, „to account for failure while maintaining faith in the system itself“ (Whittle/Mueller 2012: 129, vgl. auch Whittle/Mueller 2012: 135).

Insbesondere DIE GRÜNEN, ATTAC, TAZ und DIE LINKE sehen durchaus Alternativen zur Rettung und zum System. Mit Spiel- und Casino-Metaphern wird von eher kapitalismuskritischen SprecherInnen ein Bild von Maßlosigkeit, Leichtsinn und Regellosigkeit der Wirtschaft konstruiert. Das Nichteinhalten und Umgehen von Gesetzen im eigenen Interesse, mangelndes unternehmerisches Verantwortungsbewusstsein,
Eigennutz, Arroganz, Gier und Größenwahn kennzeichnen diese Charakterisierung der Wirtschaft. Sie reproduziert damit die Metapher des homo oeconomicus und plädiert dafür, diesen durch Straf- und Zwangsmaßnahmen zu maßregeln und zu erziehen sowie ihn für seine Taten, seine Verantwortung für die Krise, in die Pflicht zu nehmen und Wiedergutmachung zu verlangen sowie das System selbst, das diese Entwicklung erlaubt hat, abzuschaffen. Bestrafungen und Maßregelungen basieren auf dem Bild der Banker als „wrong-doers“ (Whittle/Mueller 2012: 135) und „bad guys“ (Fuchs/Graf 2010: 27). Eine Reparatur dieses Systems ist Verschwendung und kommt einer Belohnung gleich. Individuelle Bestrafung hingegen trifft nicht das System an sich (vgl. Fuchs/Graf 2010: 27). Die Wirtschaft gehört demnach unter staatliche Kontrolle. Während Fuchs/Graf feststellen, dass Szenarien der Regellosigkeit der Wirtschaft genutzt werden, um die Schwierigkeit staatlichen Handelns zu begründen (vgl. Fuchs/Graf 2010: 24), wird dies hier genutzt, um auf die Notwendigkeit radikaler Veränderungen hinzuweisen.

63

Hier werden starke Abgrenzungen zwischen den Profiteuren und Tätern des Systems und den Opfern (Menschen) aufgemacht und Arm-Reich-Dichotomien impliziert. Die Politik steht als Retter außerhalb der Täter-Opfer-Relation zwischen Wirtschaft und Menschen und handelt laut ATTAC, DIE LINKE und die TAZ zugunsten der Wirtschaft anstatt der Menschen. Wirtschaft wird also sehr heterogen konzeptualisiert (vgl. Fuchs/Graf 2010: 22), was sich für diesen Korpus sicherlich mit der teilweise sehr unterschiedlichen Perspektive der Akteure auf Wirtschaftssysteme begründen lässt. Eine Wirtschaftskrise scheint ein geeigneter Moment, allgemeine Systemkritik zu üben, da das System in diesem schwach und dysfunktional erscheint – die Schwächen sind präsent und können gut thematisiert werden.

Die Menschen sind der dritte Akteur in dieser triadischen Relation. Sie werden einerseits in Zusammenhang mit den Auswirkungen der Krise, andererseits in Hinblick auf die Folgen politischen Handelns thematisiert. Während die Regierung, BDA/BDI, der Bankenverband und die FDP stets darauf hinweisen, das höhere Ziel zu verfolgen, durch die Rettung und Restabilisierung der Wirtschaft die negativen Auswirkungen der Krise auf die Menschen zu verhindern, weisen ATTAC, DIE GRÜNEN, DIE LINKE und die TAZ auf die Belastungen hin, die aus der Rettung für die Menschen resultieren. In diesem Zusammenhang
werfen sie Fragen der sozialen Gerechtigkeit auf und betonen, dass das Geld, über das im Gesetz entschieden wird, den Menschen (SteuerzahlerInnen) gehört. In beiden Fällen werden die Menschen als die unschuldigen Opfer der Krise dargestellt, der Staat als ihr Retter und eine funktionierende Wirtschaft als heilbringend. Ob diese Wirtschaft in alter, restabilisierter Gestalt (Regierung, BDA/BDI, Bankenverband, FDP) oder umgestaltet, als anderes System (ATTAC, DIE LINKE, DIE GRÜNEN, TAZ) diesen Nutzen erfüllen kann, unterscheidet sich je nach politischer Positionierung.

Dem System in seiner aktuellen Gestalt, so sind sich alle einig, stehen die Menschen fassungslos gegenüber und es verletzt ihr Gerechtigkeitsempfinden. Laut ATTAC und DIE LINKE führt dies zu Erklärungsnotstand und einer Legitimationskrise des Systems, während die Bundesregierung annimmt, durch Aufklärung Verständnis und Besonnenheit erreichen zu können. Die Menschen selbst werden so als stumme, hilflose und homogene Masse konstruiert, als deren VertreterInnen insbesondere ATTAC und DIE LINKE sich inszenieren.

Krise wird als vierte Akteurin konzeptualisiert, der die bestehenden Relationen zwischen den anderen drei AkteurInnen bedroht und herausfordert. Sie ist entweder von Wirtschaft (und Politik) zu verantworten

oder aus dem Nichts über diese hereingebrochen. Sie wird als Akteurin personifiziert oder als Krankheit metaphorisiert, die ohne menschliche Verantwortung und Einfluss entstanden ist und sich bewegt (verbreitet). Sie ist eine höhere Macht, die den Rahmen stellt, innerhalb dem nun die anderen AkteurInnen handeln müssen. So wird die Krise mit der Krise selbst erklärbar, die Krise nimmt die Rolle des Bösewichts ein (vgl. Whittle/Mueller 2012: 129). Auf dieser Basis kann politisches Handeln ohne Infragestellung größerer Zusammenhänge erfolgen.

Die AkteurInnen der Krisennarrationen werden flexibel konstruiert. Je nach Blickwinkel nehmen sie Täter-, Opfer- und Retterrollen ein oder treten in Mittäter- und Gegnerschaft. Insbesondere die Relatio-

nen zwischen Wirtschaft und Politik sind nicht eindeutig narrativisiert, sondern je nach Blickwinkel und Thema unterschiedlich. Generell jedoch werden die Menschen als passive Opfer der Krise, Wirtschaft und Politik konstruiert. Außerdem wird in allen Relationen stets die besondere Abhängigkeit der Menschen und der Politik von der Wirtschaft präsupponiert (Fuchs/Graf 2010: 21). Diese Vorannahme ist konstitutiv für den Diskurs; ohne sie wäre er seiner Legitimation beraubt.

Eine weitere Vorannahme, die von allen Seiten geteilt wird, ist, dass der Staat prinzipiell in die Rolle des Guten treten kann. Auch wenn ihm von Seiten der Opposition Mittäterschaft vorgeworfen wird, oder er in Katastrophenszenarien Opfer der Krise oder der Wirtschaft ist, so beinhalten die Argumentationen stets die grundsätzliche Möglichkeit, aus diesen Rollen heraus und in die Rolle des Retters einzutreten.

Die Politik, ihre Handlungsmöglichkeiten und Verantwortungen stehen deutlich im Mittelpunkt gegenüber den Möglichkeiten der Wirtschaft (vgl. Koller/Farrelly 2010: 190). Die basale, stets implizite, entweder als vorhanden oder als erstrebenswert dargestellte Aktantenstruktur ist somit die zwischen Politik als Retterin, Wirtschaft als Täterin und den Menschen als Opfer. Lakoff beschreibt diese prototypische

Narration wie folgt:

[Es gibt] einen Helden, einen Bösewicht, ein Verbrechen und ein Opfer. Was wissen wir über den Bösewicht? Nun, dass die Boshaftigkeit sein essentieller Wesenszug ist. Er ist von Natur aus böse. Was wissen wir noch? Dass man nicht mit ihm verhandelt, weil er irrational ist. Richtig? Der Held verhandelt nicht mit dem Bösewicht,

er überlistet ihn, er bezwingt ihn, und er vergilt ihm seine Tat, indem er ihn tötet. In beiden Geschichten ist das Opfer schuld- und arglos. Es gerät in die Rolle des Opfers, weil der Bösewicht ein Verbrechen an ihm verübt. Dieses Verbrechen bestraft der Held. Es ist die moralische Aufgabe des Helden, das Opfer zu befreien und Gerechtigkeit wiederherzustellen. Er ist dazu berufen, weil er von Natur aus gut ist. (Lakoff/Wehling 2009: 136)

11.3.2 Werte und Eigenschaften der Krise

Die zentralen Eigenschaften, die der Situation zugeschrieben werden, sind Außergewöhnlichkeit und Bedrohlichkeit. So wird die Krise als entscheidendes Moment, als außergewöhnlich gefährliche Situation und komplexe Herausforderung konstruiert, in der die Politik ebenso außergewöhnlich, in einer nie da gewesenen Größenordnung, Schnelligkeit und Geschlossenheit handelt. Diese Umstandsprämissen bedingen sämtliche Diskussionen um das Finanzmarktstabilisierungsgesetz. Wengeler beobachtet in Krisendiskursen regelmäßig diese Art der Dramatisierung, bei der Krisen „als Untergangsszenarien immer wieder neu „aufgeführt“ werden“ (Wengeler 2010b: 155). Durch Psychologisierungen der Bedrohung wird von der Bundesregierung ein Panikmoment geschaffen, das die Handlungsverpflichtung in Hinblick auf das höhere Ziel als einzige Konklusion qualifiziert (vgl. ebd.: 146). Hier wird rein pragmatisch auf Basis von Folgeabschätzungen und Kosten-Nutzen-Erwägungen argumentiert (vgl. Fuchs/Graf 2010: 14). Auch Hartz beobachtet, dass eine solch rationalisierte, auf den 'faktischen' Zwängen der Situation beruhende Argumentation genutzt wird, um moralische Argumente zu disqualifizieren (vgl.

Hartz 2012: 151).
DIE LINKE, DIE GRÜNEN, ATTAC und die TAZ dagegen stellen eben jene normative Dimension der Entscheidung als handlungsleitend in den Vordergrund. Als zentrale Wertprämisse wird dabei Gerechtigkeit
angeführt. Auf dieser Basis muss mit der Krise nach dem Verursacherprinzip umgegangen
65
werden, und zwar so, dass die Krise nur diejenigen treffen soll und nur von denjenigen getragen werden soll, die für sie verantwortlich sind. Dies zu garantieren, liegt in politischer Verantwortung; der Staat wird so als moralisches Gegengewicht zur Wirtschaft konstruiert (vgl. Fuchs/Graf 2010: 14). Die Politik ist die „voice of rationality and calmness“ (Hartz 2012: 147). Sie setzen somit die Möglichkeit eindeutiger Schuldzuweisungen voraus.
Weitere zentrale Werte, die im Korpus angesprochen werden, sind die Integrität der Politik, die den Menschen gegenüber ehrlich sein soll und die ihren Worten Taten folgen lassen muss. Den demokratischen Werten der Politik wird die Tugendlosigkeit der Wirtschaft gegenübergestellt. Die Politik soll auch in einer so schwierigen Situation demokratische Prinzipien nicht verletzen. Im Umgang mit der Wirtschaft und der Ausarbeitung von Regeln soll sie diese Werte schützen und durchsetzen. Diese Werte werden von allen Seiten angeführt. Um solche Verpflichtungen zu unterstreichen, nutzt Lafontaine einen Gründungsmythos: „Wir brauchen tatsächlich eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung, wie sie von allen Parteien bei der Gründung der Westrepublik gefordert wurde“ (LINKE – Lafontaine 16/182: 19361).
Die Krisennarrationen enthalten so zentrale Wertgegensätze zwischen Wirtschaft und Politik, mit der Politik als der Verfechterin und Retterin von Werten und einem Wertverfall bei wirtschaftlichen AkteurInnen. Eine Gut-Böse-Dichotomie vereindeutigt normative Argumente. Auch in diesem Wertgegensatz spiegeln sich Aktantenstrukturen wider:
[Die] Natur des Bösen trifft auf die Natur des Guten. Und nur ein Sieg des Guten über das Böse kann die Gerechtigkeit
in der Welt wiederherstellen, indem es die Ungerechtigkeit, die dem Opfer widerfahren ist, ausgleicht. (Lakoff/Wehling 2009: 136)

11.3.3 Episoden der Krise

Der Verlauf der Krise gliedert sich im Wesentlichen in das Davor, die Voraussetzungen, Bedingungen und Entstehung der Krise, das Jetzt mit seinen Charakteristika und Teilereignissen und das Danach, die lokalen und globalen Folgen der Krise sowie deren Bewertung.
In den Diskursen über das Finanzmarktstabilisierungsgesetz ist das Davor eher unterrepräsentiert. Besonders in denjenigen Metaphern, die einen Rahmen für die Interpretation der Ursachen liefern (Brandstiftung, eingestürztes Bauwerk, defekte Maschine, Naturkatastrophe, Krankheit, Exzess, Verletzung der Spielregeln), bleiben tatsächliche Handlungsverantwortungen und Umstände eher abstrakt und uneindeutig. Als unmittelbare Ursache der Krise und als Ansatzpunkt politischen Gegenwirkens wird der Vertrauensmangel
im Bankensystem angeführt. Der Zusammenbruch von Lehman Brothers wird als Moment angeführt, in dem das Vorhandensein einer umfangreichen Krise und die Notwendigkeit politischer Reaktion diagnostiziert wird. Die komplexen Ursachen, die dahinter stehen, bleiben implizit.
Auf Seiten der Bundesregierung zeigt sich ein besonderer Fokus auf Ursachenbetrachtungen, die ein einfaches, eindeutiges Reaktionsangebot mit sich bringen. Nur wenige von ihnen deuten auf systemische Ursachen hin (Konstruktionsfehler des Bauwerks, der Maschine, Spielregeln), die meisten wirken naturalisierend (vgl. Hartz 2012: 146) und basieren auf dem Konzept der Krise als einer höheren Macht,
66

die nicht aus dem System heraus entstanden, sondern von außen gekommen ist. Anders ist dies bei den Casino- und Spiel-Szenarien von ATTAC, DIE LINKE und TAZ, die das System selbst als ursächlich und Ursprung aller Probleme ausmachen und sowohl die Politik als auch die Wirtschaft für die Ausgestaltung des Systems verantwortlich machen.

Eine recht häufige Struktur der Narrative um Ursache und Entstehung der Krise ist die des Aufstiegs und Falls, bei der die Krise selbst als plötzlicher Moment des Erwachens konstruiert wird. So schreibt der Bankenverband:

In diesem System gab es anfangs nur Gewinner – bis der Moment kam, da das riesige Angebot neuer Häuser den Markt übersättigte, die Immobilienpreise zu fallen begannen und viele Kreditnehmer ihre Zins- und Tilgungszahlungen
nicht mehr leisten konnten. Mit einem Schlag bekamen Millionen Amerikaner keine neuen Kredite mehr, um ihre Hypotheken zu finanzieren. (Bankenverband: Einführung)

Das Jetzt ist der zentrale Fokus der Diskurse. Die Beschäftigung mit der IST-Situation und dem Umgang damit ist im Vergleich zu allen anderen Faktoren deutlich überproportional. Gleichzeitig scheint hier die größte Einigkeit zu herrschen. So finden sich wenig Deutungskämpfe um die Situation selbst, die von allen gleichermaßen als außergewöhnlich bedrohlich und besonders wahrgenommen wird. Auch die Notwendigkeit einer außergewöhnlichen politischen Reaktion wird nicht infrage gestellt. Das Jetzt ist gekennzeichnet durch die Veränderung einer Umstandsprämisse: Die Wirtschaft ist denormalisiert und dysfunktional (vgl. Hartz 2012: 144ff.); die Krise als Akteur hat die Bühne betreten. Steinbrück sieht eine „Wasserscheide“ zwischen dem, „was vor und was nach der Insolvenz von Lehman Brothers passiert ist“ (SPD-Finanzminister – Steinbrück 16/182: 19355). Dadurch befindet sich die Gesellschaft in einem neuen Zustand, in der Krise, in den sie machtlos hineingeraten ist und aus dem sie nun unter besonderer Anstrengung wieder austreten muss. Die Situation ist bedrohlich und geprägt von Unsicherheit und Angst. Sie erfordert politisches Handeln. Nicht-Handeln wird mit einer besonders düsteren Prognose verknüpft, Handlungsunwilligen wird Realitätsverweigerung, Destruktivität und Populismus vorgeworfen. Die Krise selbst ist handlungsleitend.

Das konstruierte Jetzt verengt den Blick auf ein bestimmtes Zäsurmoment, in dem zukunftsrelevante, wegweisende Entscheidungen getroffen werden. Dieses Moment wird als historisch konstruiert, als „mögliche Zeitenwende“ (SPD – Schneider 16/184: 19669), die „einmal in die Geschichtsbücher eingehen dürfte“ (TAZ – Medick: 17.10.2008). Diese Zäsur ist ein optimistischer Kontrapunkt (vgl. Wengeler 2010b: 147), an dem das Schlimmste abgewendet und Lehren gezogen werden können. Dieses besondere Moment ist ein zutiefst politisches. So wird ein Szenario konstruiert, das als die Stunde der Politik bezeichnet werden könnte. Die Politik ist jetzt handlungsfähig, verpflichtet und verantwortlich. Die politische Reaktion ist von besonderer Bedeutung für die weitere Entwicklung. Dabei ist dieses Verhalten in erste Linie reaktiv: Es bezieht sich auf die Probleme, die mit der Krise einhergehen.

Wie bereits geschildert, herrscht jedoch Uneinigkeit zwischen den DiskursteilnehmerInnen, was die notwendige Reaktion betrifft. Die Argumentation differiert im Wesentlichen in der Betonung eher prag-

matischer Argumente der Restabilisierung und normativer Argumente der Umgestaltung des Systems hin zu mehr Gerechtigkeit.

Das Danach ist in den Diskursen über das Finanzmarktstabilisierungsgesetz präsent, jedoch als Zukunft immer Teil des Jetzt. Grundlegend charakterisiert wird die Zukunft von allen Seiten als eine schwere, ungewisse Zeit. Aus der Jetzt-Perspektive werden Folgen der Krise und zukünftige Handlungen thematisiert und stets an das Jetzt, das Jetzt-Wissen und -Handeln angeknüpft. So wird das jeweils genutzte Zukunftsszenario auf seine Funktion als Argument beschränkt. Dazu gehören die dramatischen Folgen des Nicht-Handelns, die von der Bundesregierung angeführt werden, ebenso wie die dramatischen Folgen des Handelns, welche die Opposition entgegen hält. Während Erstere mittelbare Ziele verfolgen

und zukünftig weitere Schritte planen, sehen Letztere die Zäsur, die Krise selbst, als geeigneten Moment zur Veränderung.
Die Bundesregierung beschränkt sich sehr stark auf die Notwendigkeit sofortiger Stabilisierung und sieht das Danach demgegenüber als weniger relevant an. Die Opposition hingegen, thematisiert dieses Danach viel stärker, zum Beispiel in Hinblick auf zukünftige Kosten des Gesetzes, Rechenschaft der Verantwortlichen, die Zukunft demokratischer Institutionen und notwendige Veränderungen. Einig sind sich alle DiskursteilnehmerInnen darin, dass die Krise Lern- und Veränderungsprozesse bewirken muss, so dass sie sich nicht wiederholen kann. Im Grad der Radikalität dieses Veränderns gibt es jedoch erhebliche Unterschiede, von Stabilisierung und Normalisierung bis hin zum Systemwechsel. Spiele-Metaphern werden von den verschiedenen DiskursteilnehmerInnen genutzt, um die jeweilige Forderung nach Veränderung oder Einhaltung der Regeln zu verdeutlichen.

11.3.4 Plot der Krise

Der Plot der Krise fügt Objekte, Ereignisse und Akteure in sinnvolle, kohärente Beziehungen und verleiht diesen zeitliche und räumliche Konfigurationen. An vielen Stellen ist bereits deutlich geworden, dass zwei mehr oder weniger homogene Diskurskoalitionen augemacht werden können, die sich in fast allen Punkten deutlich unterscheiden und gegensätzliche Positionen einnehmen, in einigen zentralen Punkten jedoch auch nicht. Zum Konsens aller Gruppen gehört, dass die Situation außergewöhnlich und bedrohlich ist und mit politischen Mitteln zum Besseren geändert werden kann und muss.
Was die zeitlichen Strukturen des Plots angeht, so ist bereits beschrieben worden, dass der Fokus vor allem auf zukünftigen Bedrohungen und gegenwärtigen Handlungsmöglichkeiten, auf Jetzt-Danach-Verknüpfungen, liegt. Die Gegenwart ist geprägt von Eile, Hektik und sofortigem Handlungsbedarf. Einzelne Punkte in der Entwicklung der Krise werden als Schlüsselmomente dargestellt, z.B. der Zusammenbruch von Lehman Brothers, und der jetzige Moment wird in eine Reihe bedrohlicher Momente der Vergangenheit eingeordnet und so als historisches Moment konzeptualisiert. Eine weitere zeitliche Relation ist die von Schulze beschriebene, angenommene zeitliche Nähe zwischen Ursache und Wirkung. Komplexe Wirkungsbeziehungen werden auf chronologische Folgeerscheinungen heruntergebro-

chen: Die Krise wird sich in nächster Zeit auf die Realwirtschaft auswirken, das Gesetz soll sofort wirken und die Situation verbessern.
Die Aktanten der Krise werden im Wesentlichen entweder wirtschaftlichen oder politischen Sphären zugeordnet. Die Menschen sind eher passive Empfänger und Opfer sowohl wirtschaftlicher als auch politischer Handlungen und deren Auswirkungen. Sie nehmen keinen Einfluss auf das Geschehen. Einzig ihre angenommene Einstellung als Wähler oder Konsument kann in Entscheidungs- und Argumentationsprozesse integriert werden. So nehmen politische Parteien gern für sich in Anspruch, im Interesse der Menschen zu handeln. Sie verweisen dabei auf ein Konstrukt des Volkes als homogene Masse und verschleiern einerseits die vielfältigen Perspektiven, Motive und Meinungen, die WählerInnen und KonsumentInnen haben, andererseites die politische Ausrichtung der SprecherInnen auf eine bestimmte Interessengruppe.
Die räumlichen Beziehungen der Krisennarration umfassen mehrere virtuelle Orte und die stete Unterscheidung zwischen weit entfernten Orten wirtschaftlichen Geschehens – die Krise findet an den Märkten statt – und den Auswirkungen dieses Geschehens auf die Menschen und die Realwirtschaft an erlebbaren Orten. Nah und fern, spürbar und abstrakt sind die Dichotomien, die diesen örtlichen Zuschreibungen

zugrunde liegen. So wird (Finanz-)Wirtschaft dem Ermessensspielraum, der Einordnungsund Erlebensmöglichkeit der Menschen entzogen. Sie ist nicht Teil ihrer Realität und kann nur über Politik vermittelt werden. Ein Bestandteil der Bedrohungsszenarien ist damit auch, dass sich die Krise auf die Realwirtschaft überträgt und damit in die Realität der Menschen eintritt. Politik ist so die Schnittstelle zwischen Virtualität und Realität; sie vermittelt zwischen beiden Orten, kann die Zustände beider und ihre Interdependenzen steuern.

Bezüglich der Verortung der Krise in der Welt lässt sich eine Dreiteilung in Deutschland, Europa und die USA ausmachen. Die USA werden dabei zumeist als örtlicher Ursprung der Krise ausgemacht. Von dort aus ist die Krise nach Europa (und Deutschland) gekommen: „Ausgehend vom US-amerikanischen Hypothekenmarkt ist das Weltfinanzsystem in eine Krise geraten“ (Bankenverband: Einführung). So werden Ursachen eher örtlich im Sinne von Ursprüngen konzeptualisiert und weniger kausal beschrieben. Deutschland ist nun auch am Ort Krise und versucht, in Abstimmung mit den anderen europäischen Staaten diesen wieder zu verlassen. Die Märkte werden einem Ort in der Welt nicht genauer zugeordnet und erhalten so eine grenzübergreifende Gestalt; die Rede ist von „den internationalen Märkten“ (CDU/CSU – Meister 16/182: 19369). Ebenso ist die Krise ein internationales grenzübergreifendes Phänomen, das „[w]eltweit“ (SPD – Steinbrück, Finanzminister, 16/182: 19355) bekämpft wird. Auch die Aktanten werden konzeptualisiert, als befänden sie sich an verschiedenen Orten, in der Politik, in der Wirtschaft oder Gesellschaft, zwischen denen Ressourcen bewegt werden (z.B. Vertrauen, Geld). Angesichts der so entstehenden Asymmetrie zwischen stationären Orten politischer und gesellschaftlicher Aktivität und virtueller Allgegenwärtigkeit von Wirtschaft und Wirtschaftskrise wird auch der politische Handlungsspielraum zwangsläufig eingeschränkt. David-gegen-Goliath-Konstruktionen verstärken also das Bedrohungsszenario einerseits, schränken jedoch auch den politischen Verantwortungs-

und Handlungsbereich ein. So kann Steinbrück die Verantwortung für negative wirtschaftliche Entwicklungen mit Verweis auf die Internationalität der Krise abmindern: „Dass die Realwirtschaft eingetrübt wird, hat eher etwas mit einer weltweiten Entwicklung zu tun“ (SPD – Steinbrück, Finanzminister: 16/182: 19357).

Das Narrativ der Krise als Zäsurmoment verknüpft Fragen des politischen Handelns, der Ursachen, des Lernens und der Veränderung auch jeweils mit einer Systemfrage. Verweise auf das System – im Korpus entweder Kapitalismus, soziale Marktwirtschaft oder Sozialismus – implizieren jeweils große Narrative. Sie werden als Zustände von Gesellschaften, zwischen denen sie wechseln können, konstruiert. Konstituiert sind die Systeme jeweils durch die (Spiel-)Regeln, die ihnen zugrunde liegen. So ist die Forderung nach veränderten Regeln auch stets verknüpft mit der Implikation eines veränderten oder neuen Systems. Regeln bilden einen Rahmen, einen regulierenden Container, in dem Wirtschaft und Politik praktiziert wird. Konsensuell werden von allen DiskursteilnehmerInnen demokratische Regeln als Grundlage politischen Handelns angeführt und lediglich der Bereich wirtschaftlicher Regulierung ist Dissens.